

Internationale Kooperation politischer Parteien ist heute ein vertrautes Phänomen. Verfolgt man es auf seinen Ursprung, stellt man fest, daß es im Bereich der Arbeiterbewegung erstmals anzutreffen ist, dort seine Wurzeln hat. Das ist, berücksichtigt man die konkrete politische Situation der Phase, in der dieses Phänomen organisatorisch Gestalt angenommen hat — das letzte Drittel des vergangenen Jahrhunderts —, nicht weiter verwunderlich. Für die Arbeiterbewegung war der Nationalstaat eher „ein Instrument im Interesse der herrschenden Klasse“; bei ihren Bemühungen zur Durchsetzung ihrer Interessen und Zielvorstellungen konnte er indessen „keine einschränkende Grenze bedeuten“. Internationale Solidarität der Kräfte der Arbeiterbewegung bis hin zu ihrer organisatorischen Verfestigung in Internationalen hatte aber nicht nur die Umgestaltung der inneren (wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen) Ordnung der einzelnen Staaten im Auge, sie versuchte auch die Beeinflussung der Außenpolitik der Nationalstaaten und damit eine Einwirkung auf die Struktur des internationalen Systems. Aktivitäten der Arbeiterbewegung bzw. ihrer Parteien in den internationalen Beziehungen hatten demnach „Protestcharakter“; die entsprechenden internationalen Organisationen werden in einer sehr zugespitzten Formulierung „als 'außerparlamentarische Opposition (APO)' des internationalen Systems“ tituliert¹. Dieser doppelte Aspekt, der in der historischen Perspektive deutlich auszumachen ist, stützt und rechtfertigt denn auch das Urteil, daß sozialistische Parteien — gerade von ihrer Ideologie her — sehr viel mehr zu internationaler bzw. transnationaler Zusammenarbeit prädestiniert sind als Parteien anderer Ausrichtung². Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Parteien des demokratischen Sozialismus in Europa erfolgt heute in zwei Bereichen. Einmal im Rahmen der Sozialistischen Internationale (SI), die mit gegenwärtig 54 Parteien zwar weltweite Ausdehnung hat, aber hinsichtlich Führungspersonal, organisatorischer und finanzieller Ausstattung sowie thematischer Schwerpunkten unverkennbar „eurozentrisch“³ ist. Zum zweiten im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, wobei hier wiederum

1 N. Gresch: Zwischen Internationalismus und nationaler Machtbehauptung - Die Europäische Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien. In: Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa; Auf dem Weg zu einer neuen politischen Infrastruktur?, Bonn 1976, S. 155.

2 P. Pawelka: Parteien auf internationaler Ebene; Zum transnationalen System politischer Parteien. In: Der Bürger im Staat H. 2/1978 („Eurokommunismus und die Zukunft des Westens“), S. 104.

3 N. Gresch: Zwischen Internationalismus. ..., a.a.O., S. 155.

4 P. Pawelka, a.a.O., S. 108.

zwei Ebenen zu unterscheiden sind: die der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, sodann die Zusammenarbeit der nationalen Parteioorganisationen im „Bund der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft“. Die Zusammenarbeit im Rahmen der SI kann verkürzt mit der Bezeichnung „Internationalismus“, die gemeinsamen Aktivitäten in der EG mit der Bezeichnung „Transnationalismus“, charakterisiert bzw. etikettiert werden⁵.

I. Die Sozialistische Internationale (SI)

Wie bereits einleitend erwähnt, war internationale Kooperation politischer Parteien erstmals bei der Arbeiterbewegung anzutreffen. Im Jahre 1864 wurde die Internationale Arbeiterassoziation, auch Erste Internationale⁶ genannt, gegründet. Ihr Ziel war es, nationalen Arbeiterbewegungen bei ihrem Kampf zu helfen. Bereits nach kurzer Zeit, im Jahre 1872, fiel die Organisation auseinander; interne Auseinandersetzungen zwischen orthodoxen Marxisten, anarchistischen Gruppen und Strömungen, die einen reformistischen Kurs steuern wollten, erwiesen die Brüchigkeit bzw. das Fehlen einer gemeinsamen ideologischen Basis. Solche Fraktionierungen sollten auch für Nachfolgeorganisationen eine stetige Quelle interner Konflikte sein und ihre Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit nachhaltig beeinträchtigen, auch wenn die von den jeweiligen Fraktionen vertretenen Positionen nicht so extrem auseinanderlagen wie seinerzeit.

Im Jahre 1889 wurde die 2. Internationale gegründet. Da sich mittlerweile bereits eine Reihe straff organisierter Parteien (und Gewerkschaften) in den Nationalstaaten gebildet hatte, stellte sie nur eine Art lockeren Dachverband dar. Sie „diente dem Informationsaustausch ihrer Mitglieder . . . und wirkte als moralische Autorität der Arbeiterbewegung“⁷ ohne die Autonomie der nationalen Mitgliedsparteien auch nur anzutasten. Die Vorgänge beim Kriegsbeginn 1914 zeigten schließlich, daß es keine „proletarische Gemeinsamkeit“ mehr gab, daß die Formel der internationalen Solidarität hohles und „verbales Pathos“ war, „einer nationalen Sozialisation“ erlegen. „Der Erfolg im nationalen Kampf um das Wahlrecht und die Teilnahme an der politischen Macht hatten den Blickwinkel der Arbeiterbewegung auf den nationalen Rahmen eingengt“⁸.

Auch die Zweite Internationale zerbrach. Die Dominanz des nationalen politischen Systems als Bezugsrahmen für das politische Handeln von Organisationen der Arbeiterbewegung sollte auch künftig als restriktiver Faktor internationaler Parteienkooperation wirksam bleiben.

Im Jahre 1923 entstand die Sozialistische Arbeiterinternationale als Föderation von Parteien, die im Unterschied zu den in der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationalen (Komintern) zusammengeschlossenen Parteien die Position des demokratischen Sozialismus vertraten, also reformistische

5 N. Gresch: Transnationale Zusammenarbeit der Parteien des demokratischen Sozialismus. In: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium (SOWI), H. 2/1978, S. 68. Manche Autoren verwenden die Begriffe mehr oder weniger synonym, wie sich an einigen Zitaten in folgendem Abschnitt I zeigen wird.

6 P. Pawelka, a.a.O., S. 105.

7 Ebenda.

Politik im Rahmen von parlamentarisch-demokratischen Mehrparteiensystemen westlicher Provenienz betreiben wollten. Ihre Wirksamkeit war im Grunde darauf beschränkt, Forum für Information und — im Ansatz — für Diskussion zu sein. „Sie gab der nationalen Politik ihrer Mitgliedsparteien Impulse, vor allem im Bereich der Grundlegung ihrer wohlfahrtstaatlichen Strategien. Dagegen scheiterte sie im Kampf gegen den Faschismus und den Ausbruch eines neuen Krieges“. Meinungsverschiedenheiten in der Rüstungspolitik auf Grund der Existenz starker pazifistischer Strömungen sowie in der Bündnisfrage, also zum Problem der Bildung von Volksfrontregierungen, machten die Internationale handlungsunfähig. „Ihr Ende“ - 1940 — „war unrühmlich“⁹.

In der Zeit des Zweiten Weltkrieges und des Widerstandes war internationale Kooperation viel intensiver als in der Phase der Vorkriegszeit. Insbesondere schloß sie angesichts des gemeinsamen Interesses an einer Niederschlagung und Beseitigung des Nationalismus Gruppierungen und Strömungen ein, gegen die man sich vorher deutlich abgegrenzt hatte: Bürgerliche, Christen, Kommunisten. In dieser Zeit wurden auch Überlegungen angestellt und Initiativen ergriffen, die nunmehr als verhängnisvoll angesehene Spaltung der Arbeiterbewegung in einen kommunistischen und einen sozialdemokratisch/sozialistischen Flügel zu überwinden. Von der Existenz einer starken einheitlichen Bewegung — mit Einheitspartei und Einheitsgewerkschaft — erhoffte man sich seitens der Befürworter einer solchen Lösung gute Chancen bei der Neuordnung in Europa. Mit dem Ende der Kriegskoalition gegen Hitler-Deutschland und der schnell nach Kriegsende einsetzenden Polarisierung des Kalten Krieges fehlten Geschäftsgrundlage und gemeinsamer Nenner für einen solchen Kurs. Spätestens mit dem Staatsstreich der Kommunisten in der Tschechoslowakei im Frühjahr 1948 — nimmt man die Entwicklung in Deutschland, dann wird man früher datieren können — erweist sich die Einheitskonzeption als Illusion. Die Parteien des demokratischen Sozialismus beziehen eindeutig Stellung in der Ost/West-Auseinandersetzung. Nachdem schon 1946 mit der Einrichtung des Committee of International Socialist Conferences (COMISCO) ein erster organisatorischer Schritt zur erneuten Anbahnung und Durchführung internationaler Parteienkooperation erfolgt war, kommt es 1951 zur Neukonstituierung der Sozialistischen Internationale auf einer Konferenz in Frankfurt/Main. Die dort einstimmig verabschiedete Erklärung über Wesen, Ziele und Strategien der in der Internationale vereinigten Parteien wurde von Carlo Schmid 1964 als die „Magna Charta des demokratischen Sozialismus unserer Zeit“ bezeichnet¹⁰.

In ihrer Grundsatzklärung grenzen sich die Parteien der SI sowohl gegenüber dem kapitalistischen System ab, das sie überwinden möchten, als auch gegenüber dem Kommunismus. Ihr gemeinsames Ziel ist „eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens“, wobei es unerheblich ist, woher die Sozialisten ihre Überzeugung ableiten, ob „aus den Ergebnissen marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen“¹¹. Elemente der von ihnen geforderten politischen Demokratie sind Freiheits- und Gleichheitsrechte, eine durch freie Wahlen hervorgegangene

8 P. Pawelka, a.a.O., S. 107.

9 Zitiert bei N. Gresch: Zwischen Internationalismus . . . , a.a.O., S. 156.

10 Die Deklaration ist abgedruckt in: Archiv der Gegenwart 1951, S. 3011-3012.

Volksvertretung, eine unabhängige Justiz, Mehrparteiensystem mit Opposition und Chance des Machtwechsels, kurz: die politische Ordnung der westeuropäischen Demokratien. Die von ihnen geforderte wirtschaftliche Demokratie erfordert die Überwindung des kapitalistischen Systems „durch eine Wirtschaftsordnung, in der das Interesse der Gemeinschaft über dem Profitinteresse steht“. Für die Realisierung verschiedener Einzelziele — Vollbeschäftigung, Wachstum, soziale Sicherheit und gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung - ist als Instrument die sozialistische Planwirtschaft erforderlich, wobei diese — je nach den spezifischen Bedingungen - von Land zu Land unterschiedliche Ausgestaltung erfahren könnte. Solche Formulierungen oder besser: Formeln können den Eindruck politisch-programmatischer, ideologischer Homogenität erwecken; tatsächlich sind sie so allgemein, daß sie kaum als Richtschnur für konkretes Handeln dienen können, daß sie der ständigen konkretisierenden Interpretation bedürfen. Und hierfür haben sich alle Mitgliedsparteien autonomen Handlungs- und Entscheidungsspielraum vorbehalten; die Internationale kann keine Partei binden, Beschlüsse bzw. Vereinbarungen bedürfen des Einvernehmens der Beteiligten“.

Angesichts dieser geringen Befugnisse stellt sich die Frage nach den Funktionen der Internationale umso dringender. Mehr oder weniger übereinstimmend wird die SI als Diskussionsforum angesehen. Kooperation erfolgt durch gegenseitige Information sowie - gerade auch informelle - Kommunikation. Hier wird insbesondere auf die seit einer Reihe von Jahren mehr und mehr durchgeführten Parteiführertreffen hingewiesen, deren Gespräche meist vertraulichen Charakter haben. „Diese Ebene dient auch der vorbereitenden Werbung für eine bestimmte Politik“¹¹. Die Funktion als Forum erfüllt die Internationale auch, wenn sie den Rahmen für verschiedene Kontakte und Beziehungen abgibt:

- Bilaterale Kontakte; wie sie z.B. von SPD und französischen Sozialisten zur Diskussion über den sog. „Radikalenerlaß“ in der Bundesrepublik Deutschland benutzt wurden. Hier wäre auch an die Kontakte einzelner großer sozialdemokratischer Parteien mit den entsprechenden Parteien in Griechenland, Portugal und Spanien zu erinnern; damit soll deren Entwicklung gefördert und nicht zuletzt auch materiell unterstützt werden.
- Multinationale Kontakte, wie sie in Form von gleichsam festen Zirkeln — häufig regional bestimmt — bestehen; man denke etwa an die Regionalkonferenzen der „Alpenländer“ Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Italien, Schweiz oder an die Treffen der skandinavischen Parteien; auch die Parteien aus den neutralen Staaten haben sich schon zu solchen Zusammenkünften getroffen.
- Multilaterale Kontakte, bei denen bestimmte Sachfragen und -probleme von den interessierten Parteien behandelt werden (so z.B. Probleme der Gastarbeiter oder Fragen der Raumordnung und des Umweltschutzes).
- In Grenzregionen kommt es darüber hinaus zu Kontakt und Kooperation,

11 P. Pawelka, a.a.O., S. 107; N. Gresch: Zwischen Internationalismus . . ., a.a.O., S. 171/72.

12 P. Pawelka, a.a.O., S. 107. Er verweist darauf, daß die SPD ihre Ostpolitik in diesem Rahmen erläutert und um Verständnis und Unterstützung geworben habe.

die meist von einzelnen Politikern oder lokalen bzw. regionalen Parteigliederungen initiiert und getragen werden“.

Insgesamt ergibt sich das Bild eines recht dichten Netzes von Kommunikationsbeziehungen. Wenn es auch schwer ist, genauere Angaben über ihre tatsächliche Wirkung zu machen, die teilweise starke Skepsis mancher Beobachter scheint doch unbegründet oder mindestens übertrieben. Wenn andererseits auch die Überschätzung ihrer Wirkung zu Recht zu kritisieren ist, so wird man doch auf einige Funktionen bzw. Wirkungen der internationalen Parteienkooperation verweisen können, die erklären helfen, warum die beteiligten Parteien diesen Bereich kontinuierlich pflegen“.

- Da wäre zunächst der Versuch zu nennen, die innenpolitische Entwicklung einzelner Staaten zu beeinflussen. Als Beispiel wird in diesem Zusammenhang stets auf die Aktivitäten der SI gegen die undemokratischen Regime Südeuropas hingewiesen¹³. „Sie übte dadurch Druck aus auf die sozialdemokratischen Regierungen, beeinflusste in den Diktaturen die Behandlung demokratischer Gruppen durch das Regime und förderte die Kampfmentalität seiner Gegner“¹⁴. „Noch deutlicher trat die transnationale Intervention zugunsten der Sozialisten in Portugal zutage. Die demonstrative Kooperation der sozialdemokratischen Parteien Europas mit Mario Soares, seine Integration auf Kongressen und Tagungen in die Parteiführerformation des demokratischen Sozialismus trugen nicht wenig zu seinem innenpolitischen Erfolg bei. Die Internationale machte dadurch aber auch breiten politischen und wirtschaftlichen Kreisen in Europa deutlich, daß ein sozialistisch geführtes Portugal auf dem Wege zur Demokratie ist und förderte damit auch die Kreditwürdigkeit dieses Landes“¹⁵.
- Vom Standpunkt des potentiell Begünstigten einer solchen Kooperation aus gesehen — man nehme wiederum das portugiesische Beispiel - versucht dieser aus der internationalen Kooperation innenpolitischen Nutzen zu ziehen. Das kann bis zum Versuch gehen, ausländische Parteifreunde in den eigenen Wahlkampf einzuspannen.
- Im Falle innerparteilicher Gegensätze kann entweder die Parteiführung - ggfls. auch ein Parteiflügel - versuchen, die Argumente von Schwesterparteien für die eigenen Zwecke zu nutzen. Ein Beispiel hierfür ist die Auseinandersetzung innerhalb der britischen Labour Party über die Mitgliedschaft in der E G¹⁶.
- Ein anderer Fall innerparteilicher Gegensätze ist bei einem Streit über sozialistische Prinzipientreue gegeben. Eine in dieser Frage attackierte Parteiführung könnte das Engagement in der Internationale als Argument nutzen, an der sozialistischen Ausrichtung und Überzeugung könne doch nicht gezweifelt werden“.

13 Vgl. das Beispiel bei N. Gresch: Zwischen Internationalismus. . ., a.a.O., S. 227.

14 Hierzu gibt J. May: Cooperation Between Socialist Parties. In: Paterson/Thomas (Eds.): Social Democratic Parties in Western Europe. London 1977, S. 408-28, einige interessante und bedenkenswerte Hinweise.

15 J. May, Cooperation . . ., a.a.O., S. 417/18.

16 P. Pawelka, a.a.O., S. 107.

17 Ebenda.

18 J. May, Cooperation . . ., a.a.O., S. 419.

19 J. May: Cooperation . . ., a.a.O., S. 422. Er nennt dieses Interesse an „interner Identität“ einen Grund für das Interesse von Parteien an transnationalen Bindungen.

- Die Sozialistische Internationale könnte weiterhin für die Zwecke als Regierungspartei genutzt werden, bieten sich doch zusätzliche Kommunikations-Möglichkeiten²⁰.
- Schließlich kann sozialistischer Internationalismus als verpflichtendes Erbe angesehen werden²¹.

Zweifellos dient die Arbeit in der SI auch der „Legitimation des demokratischen Sozialismus“²². Eine Reihe von Vorgängen, die vorstehend kurz erwähnt wurden, rechtfertigt aber die Schlußfolgerungen, daß sich darin die Funktion der Internationale keineswegs erschöpft. Ungeachtet dieser eher positiven Wertung, können aber zwei Punkte festgehalten werden: „daß die 'Politik' der Internationale hauptsächlich rezeptiv ist, daß sie aufgreift, was die Weltpolitik an sie heranträgt“²³, daß sie also reagiert statt sich um planmäßige und zielgerichtete Gestaltung zu bemühen. Zum zweiten, daß die transnationalen Interaktionen der Sozialisten die Politik einzelner Parteien nicht bestimmt hat²⁴.

II. Transnationalismus im Rahmen der EG

Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahre 1952 ist der erste Schritt auf dem Weg zur heutigen Europäischen Gemeinschaft (EG); 6 Staaten entschieden sich damals, einen bestimmten Funktionsbereich als Gemeinschaftsangelegenheit zu behandeln. Die neu geschaffene Gemeinschaft hatte einen klar definierten Aufgabenbereich, verfügte über ein Institutionengefüge (einschließlich einer parlamentarischen Versammlung) samt Verfahrensvorschriften zur gemeinschaftlichen Entscheidungsfindung. Dies versprach der Zusammenarbeit der Parteien eine völlig neue Qualität zu geben, die sich in mehrfacher Weise von der im Rahmen der SI unterschied²⁵:

- Während die SI einen außerordentlich breiten und uneinheitlichen Rahmen darstellt, haben wir es in der EGKS mit einer überschaubaren Gemeinschaft von geographisch benachbarten Staaten zu tun.
- Während in der SI die funktionalen Interdependenzen zwischen den Staaten der Mitgliedsparteien nur sehr schwach ausgebildet waren und nie die ganze Organisation betrafen, bedeutete die Aufgabenstellung der EGKS gleichsam den funktionalen Zwang zu enger Koordination und Kooperation.
- Der begrenzte Aufgabenbereich in strukturell ähnlichen Staaten bot im EGKS-Rahmen eine bessere Möglichkeit, die — zunächst sicher nicht ganz identischen — Interessen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.
- Schließlich war mit dem gemeinschaftlichen Entscheidungsgefüge ein Adressat für Aktivitäten kooperierender Parteien gegeben.

20 J. May: Cooperation . . ., a.a.O., S. 420/21.

21 J. May: Cooperation . . ., a.a.O., S. 422.

22 P. Pawelka, a.a.O., S. 107.

23 N. Gresch: Zwischen Internationalismus..., a.a.O., S. 173.

24 J. May: Cooperation . . ., a.a.O., S. 417.

25 Vgl. zum Folgenden N. Gresch: Zwischen Internationalismus. . ., a.a.O., S. 162/63.

Insgesamt kann man sagen, daß die im Entstehen begriffene regionale Gemeinschaft für die Parteien einen Rahmen darstellte, der auch für ihr politisches Handeln zunehmend bedeutsam war.

Waren auf Grund des Charakters der EGKS die Bedingungen für intensivere Parteienkooperation vergleichsweise günstig, so stellte die Existenz einer parlamentarischen Versammlung — zentraler Ort für Parteienhandeln — einen zusätzlichen Impuls dar. Mit der Bildung einer sozialistischen Fraktion (neben anderen Fraktionen) wurde deutlich, daß dieser Impuls aufgegriffen worden war. Allerdings realisierten alle Fraktionen sehr bald, daß die Gemeinsame Versammlung - so die Bezeichnung der parlamentarischen Versammlung — nur eine marginale Rolle spielen konnte, eindeutig am Rande des Geschehens stand. Die sozialistischen Parteien befanden sich zudem in einer besonderen Lage: sie standen in allen 6 Mitgliedsstaaten der EGKS in der Opposition. Um überhaupt Einfluß auf das Geschehen in der Gemeinschaft nehmen zu können, um den Integrationsprozeß im Sinn der Zielvorstellungen des demokratischen Sozialismus zu beeinflussen, war eine verstärkte Zusammenarbeit dringend geboten. Dies umso mehr, als nach der Konferenz von Messina 1955 über die Römischen Verträge beraten und damit der Gemeinschaftsbildungsprozeß einen großen Schritt vorangetrieben wurde.

Im Januar 1957 kamen die sozialistischen Parteien der 6 EGKS-Staaten zusammen²⁶. Ihren Beratungen über die gemeinsam gegenüber den Römischen Verträgen einzunehmende Haltung lag ein Bericht der sozialistischen Fraktion der Montan-Union-Versammlung vor. Darin kommt das Interesse und Bedürfnis der Verankerung in einer Parteiorganisation zu geben. Die Parteien kamen denn auch überein, ein sogenanntes Verbindungsbüro der sozialistischen Parteien der EWG-Mitgliedsländer zu errichten. Es verstand sich als regionale Gruppierung innerhalb der SI. Dem Verbindungsbüro waren zwei Hauptaufgaben gegeben: einmal sollte es die Beziehungen der Mitgliedsparteien untereinander stärken; das Ziel ihrer Zusammenarbeit sollte die Erarbeitung von Stellungnahmen zu all den Problemen sein, die sich aus Existenz, Politik und Entwicklung der EWG ergeben würden. Zweitens sollte es als Kontaktstelle zwischen den Parteien und der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament (damit wurde die Bezeichnung Gemeinsame Versammlung abgelöst) fungieren.

Die neue Organisation hatte zwei Gremien: das Büro als Leitungsorgan und den Kongreß als Organ für die Formulierung politisch-programmatischer Aussagen. Im Büro war jede Partei mit einem Mitglied und einem stellvertretenden Mitglied vertreten. Letzteres war in der Regel der für internationale Parteikontakte zuständige Mitarbeiter der nationalen Parteizentrale; bei ihm lag die eigentliche Arbeit. An den Sitzungen des Büros nahmen weiterhin die Mitglieder des Vorstands der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, ein Mitglied der Fraktion in der Beratenden Versammlung des Europa-Rates sowie die sozialistischen Mitglieder der EG-Kommission teil. Schließlich gehörte dem Büro ein Vertreter der SI an. Zu den Aufgaben des Büros gehörte es, Empfehlungen an die Mitgliedstaaten auszu-

26 Vgl. zu den folgenden Ausführungen R. Hrbek: Bund der sozialdemokratischen Parteien in der EG. In: Dokumente - Zeitschrift für übernationale Zusammenarbeit, H. 1/1977, S. 36-41; sowie N. Gresch: Transnationale Zusammenarbeit. . ., a.a.O., S. 68-70.

arbeiten und die Kongresse inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten und einzuberufen. Auf dem Kongreß waren die Mitglieder des Büros und ihre Stellvertreter, je zehn Delegierte aus den Parteien der drei großen Länder, sowie je sechs Delegierte aus den Parteien der Benelux-Staaten, sowie schließlich die Mitglieder der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments vertreten. In beiden Gremien herrschte die Einstimmigkeitsregel; alle Parteien beharrten — das war die Geschäftsgrundlage — auf ihrer Autonomie. Das Sekretariat der sozialistischen Fraktion übernahm gleichzeitig Sekretariatsfunktionen des Verbindungsbüros, war insofern „Schaltstelle“²⁷. So zweckmäßig diese Verbindung im Sinne eines engen Kontakts zwischen Fraktion und Parteibund war, so zeigte sich darin nicht nur der Geldmangel, sondern vor allem die noch fehlende Bereitschaft der Mitgliedsparteien, ihrer Zusammenarbeit in intensivierter Form die erforderliche eigene solide Grundlage zu geben.

In den ersten Jahren der Existenz des Verbindungsbüros war die Zusammenarbeit der Parteien recht intensiv; durch Erarbeitung gemeinsamer Verlautbarungen zu Fragen der Gemeinschaftspolitik wollten sie ihrer politischen Aktivität die Richtung weisen. Statt alle zwei Jahre fanden von 1957 bis 1960 insgesamt vier Kongresse statt. Der 5. Kongreß 1962 brachte die Verabschiedung eines gemeinsamen Aktionsprogramms, das bis zur Ablösung des Büros durch den Bund im Jahre 1974 gültig blieb. Darin fordern die Sozialisten für die EWG eine föderalistische Struktur: ein aus zwei Kammern bestehendes Parlament soll Legislative sein, die mit ausreichenden Befugnissen ausgestattete Exekutive soll der Kontrolle des Parlaments unterworfen werden. Ausrichtung an Arbeitnehmerinteressen zeigt der wirtschaftliche Teil, in dem die Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht gefordert und auch Verstaatlichung als mögliches Mittel hierfür bezeichnet wird. Dem Plädoyer zugunsten eines stärkeren Einsatzes des Instruments Planung folgen Aussagen zu sozial- und regionalpolitischen Problemen und Zielen.

Die Aktivitäten des Verbindungsbüros blieben insgesamt ohne große Wirkung auf die nationalen Parteien und wurden insofern als eher unbefriedigend empfunden. Der Grund: es waren im Grunde nur die EP-Abgeordneten, die die Arbeit trugen, die aber nur sehr schwach mit den nationalen Parteiorganisationen und Fraktionen verbunden waren, daher gleichsam in einem politischen Vakuum agierten.

Wie sehr die Arbeit des Verbindungsbüros von Entwicklungen auf Gemeinschaftsebene abhing, zeigte sich einmal an der Krise der EWG 1965/66: die Aktivitäten gingen merklich zurück, zwischen 1966 und 1971 fand kein einziger Kongreß statt. Der Eintritt der Gemeinschaft in eine qualitativ neue Phase der Integration, wie sie mit den Beschlüssen der Gipfelkonferenz von Den Haag 1969 zur Vertiefung und Erweiterung einsetzte, gab der Parteienkooperation neue Impulse. Insbesondere ist hier die Entscheidung der sechs Regierungen zu nennen, eine Wirtschafts- und Währungsunion zu errichten und damit Entscheidungen über die wirtschaftliche Entwicklung zur Gemeinschaftsangelegenheit zu machen; sodann auch die Absicht der Regierungen, ihre politische Zusammenarbeit zu intensivieren. 1969/70 begannen die Parteien des demokratischen Sozialismus mit der Diskussion über neue Formen und Inhalte ihrer künftigen Zusammenarbeit.

27 N. Gresch: Transnationale Zusammenarbeit.., a.a.O., S. 68.

Zwei Konzepte, repräsentiert von der SPD und den holländischen Sozialisten, standen einander gegenüber. Die SPD befürwortete lediglich eine Stärkung der bestehenden Organisationsform des Verbindungsbüros, sprach sich für pragmatischen Ausbau und Intensivierung bestehender Kontakte aus; in speziellen Arbeitsgruppen sollten zu Einzelfragen Vorschläge formuliert werden, die Arbeit im EP und in den nationalen Parlamenten sollte stärker koordiniert, der Kontakt zwischen EG-Fraktion und nationalen Parteiführungen intensiviert werden. Demgegenüber plädierten die Holländer für die Schaffung einer eigenständigen sozialistischen Partei, einer „Europäischen Sozialistischen Union“. Ihr Merkmal sollten Mehrheitsentscheidungen sein, die die nationalen Parteien binden würden. Die Weigerung der SPD, auf die Vorschläge der holländischen Genossen einzugehen, war zweifellos auf die ihrer Meinung nach ungeklärte Haltung der französischen und italienischen Sozialisten zu den kommunistischen Parteien ihrer Länder zurückzuführen. Innenpolitische Überlegungen und Rücksichten, also die Sorge davor, möglicherweise „kompromittiert“ zu werden, bestimmten bereits damals die Haltung der SPD.

Die Diskussion über die künftige Organisation zwischen den Mitgliedsparteien des Verbindungsbüros dauerte mehrere Jahre. Auf dem 8. Kongreß 1971 wurde A. Mozer beauftragt, nach Prüfung der verschiedenen Vorstellungen dem Kongreß Vorschläge zu unterbreiten. Sein auf dem 9. Kongreß 1973 vorgelegter Bericht ermöglichte keinen Beschluß, vielmehr wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die über die strittigen Punkte beraten und einen endgültigen Vorschlag machen sollte. Kontrovers waren insbesondere das Ausmaß der Autonomie der neu zu errichtenden transnationalen Parteiorganisation gegenüber den nationalen Parteien, die Art der Entscheidungsfindung (Mehrheitsentscheidungen oder Konsensprinzip), die Zusammensetzung der Organe (hier sprachen sich die kleineren Parteien gegen die Anwendung eines reinen Repräsentationsprinzips aus, da sie dabei stark unterrepräsentiert wären), die Finanzierung der neuen Organisation und die Frage der Einrichtung eines eigenständigen Sekretariats.

Der von dieser Arbeitsgruppe vorgelegte Bericht wurde am 5. April 1974 vom Verbindungsbüro angenommen; damit hatte sich der „Bund der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“ konstituiert. Daß dieses Ergebnis schließlich zustande kam, war nicht zuletzt von Entwicklungen innerhalb der EG beeinflußt worden. Dänemark, Großbritannien und Irland waren als neue Mitglieder der EG beigetreten: der Pariser Gipfel 1972 hatte die Entwicklung der EG zu einer Europäischen Union bis 1980 ins Auge gefaßt; es zeichnete sich die Abhaltung von Direktwahlen zum EP ab, was für die Parteien als Impuls wirkte, „ihr transnationales Verhalten auf das konkrete Ziel eines europäischen Wahlkampfes auszurichten“²⁸. Nicht zuletzt beobachteten die Sozialisten entsprechende Aktivitäten ihrer parteipolitischen Konkurrenz, nämlich der Christdemokraten und der Liberalen. Die britische Labour Party gehörte nicht zu den Gründungsmitgliedern des Bundes. Die heftigen parteiinternen Auseinandersetzungen über die grundsätzliche Frage einer britischen EG-Mitgliedschaft ließ die Partei lange abseits stehen²⁹. Erst nachdem diese Frage im Referendum vom Juni 1975 positiv entschieden war, entsandte Labour Abgeordnete in das EP; sie

28 A.a.O., S. 69.

29 Vgl. dazu die demnächst erscheinende Tübinger Dissertation von Jürgen Dunsch.

schlossen sich der sozialistischen Fraktion an, trugen aber, da sie paritätisch aus Befürwortern und Gegnern der britischen Mitgliedschaft zusammengesetzt waren, nicht zur Homogenität der Fraktion bei, ganz im Gegenteil. Die Mitarbeit im Bund nahm Labour sogar erst Ende 1976 auf und beteiligte sich beispielsweise nicht an der Ausarbeitung der Wahlplattform. Allerdings ist der Bund die einzige transnationale Parteienföderation, die Mitgliedsparteien aus allen neun EG-Staaten hat. Als neuestes Mitglied trat 1977 die nordirische Social Democratic and Labour Party hinzu, die aber eine betont nationalistische, nordirische Interessen verfolgende Haltung einnimmt.

Vorsitzender des Bundes war zunächst der Deutsche W. Dröscher; seine Stellvertreter waren der Holländer, S. Mansholt, der Däne I. Noergaard und der Franzose R. Pontillon. Nach dem Tode Dröschers Ende 1977 wurde im Frühjahr 1978 Pontillon neuer Vorsitzender.

In der am 5. April 1974 angenommenen Geschäftsordnung des Bundes³⁰ wird als sein Ziel formuliert, „die Beziehungen der Parteien untereinander zu verstärken und durch freie Übereinkommen insbesondere gemeinsame Stellungnahmen zu den sich aus dem Bestehen der Europäischen Gemeinschaft ergebenden Problemen zu erarbeiten“³¹.

Organe des Bundes sind das Büro und der Kongreß. Das Büro, das mindestens viermal jährlich zusammentrifft, „setzt sich aus je zwei Mitgliedern der angeschlossenen Parteien und dem Vorsitzenden der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments zusammen. Jede Mitgliedspartei wie auch die sozialistische Fraktion verfügen über eine Stimme“³². „Mitglieder des Büros mit beratender Stimme sind ferner: die Mitglieder des Vorstands der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments; die sozialistischen Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften; ein vom Büro der Sozialistischen Internationale benannter Vertreter; ein von der sozialistischen Fraktion der Beratenden Versammlung des Europarats bezeichneter Vertreter“³³.

Der Kongreß besteht aus „je 18 Delegierten aus der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und dem Vereinigten Königreich, je 7 Delegierten aus Belgien und den Niederlanden, je 5 Delegierten aus Dänemark und Irland, 3 Delegierten aus Luxemburg; den Mitgliedern des Büros; sowie einer Zahl von Delegierten, die der Zahl der den jeweiligen Parteien angehörenden Abgeordneten im EP entspricht“³⁴. Hinzu kommen Teilnehmer mit beratender Stimme.

Was den Entscheidungsmodus angeht, konnte sich die holländische Forderung nach echter Supranationalität nicht durchsetzen. Das Büro beschließt mit Mehrheit. Beschlüsse, die die Mitgliedsparteien binden, können nur vom Kongreß gefaßt werden, und bedürfen einer 2/3-Mehrheit; allerdings setzt ein solcher Beschluß den einstimmigen Vorschlag des Büros voraus. Diese

30 Abgedruckt in: Die Europäischen Parteien. Strukturen, Personen, Programme. Zusammenge stellt und eingeleitet von Th. Jansen und V. Kallenbach. Materialien zur Europapolitik (Hrsg. vom Institut für Europäische Politik) Bonn 1977.

31 § 2 der Geschäftsordnung; abgedruckt in: Die Europäische Parteien . . . , aa O S. 9/10.

32 § 5 der Geschäftsordnung.

33 Ebenda.

34 § 12 der Geschäftsordnung.

Klausel garantiert den Mitgliedsparteien die volle Autonomie. Das Leitungsorgan des Bundes ist das Büro. Ihm steht nicht nur das Fraktionssekretariat in Luxemburg, sondern seit 1977 auch ein kleines eigenes Sekretariat in Brüssel zur Verfügung³⁵.

Das Hauptaugenmerk des Bundes galt der Erarbeitung eines gemeinsamen Programms; dies hatte ein Parteiführertreffen im November 1974 — neben anderen Vorhaben³⁶ - beschlossen³⁷. Eine vom Büro eingesetzte Arbeitsgruppe präsentierte im Sommer 1975 Prinzipien, die bei der Programmformulierung beachtet werden sollten. Danach war kein Grundsatzprogramm vorgesehen; die Aussagen sollten Stellungnahmen zu konkreten Einzelmaßnahmen in bestimmten Sektoren sein. Dabei sollte versucht werden, einen gemeinsamen Nenner bestehender nationaler Auffassungen zu formulieren. Der Vorsitzende des Bundes, Dröscher, sprach schließlich von einer Wahlplattform. Seit Januar 1976 wurde in vier Arbeitsgruppen - Demokratie und Institutionen, Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik - diskutiert; der Entwurf einer Wahlplattform wurde vom Büro am 6. Juni 1977 verabschiedet und den Mitgliedsparteien zur weiteren Beratung zugeleitet³⁸. Der für Ende 1977 vorgesehene Kongreß, auf dem der Entwurf unter Berücksichtigung von Änderungsvorschlägen der Mitgliedsparteien endgültig verabschiedet werden sollte, hat nicht stattgefunden.

Zunächst hatten die französischen Sozialisten deutlich gemacht, daß sie aus innenpolitischen Gründen vor den für März 1978 vorgesehenen Parlamentswahlen keine Programmdiskussion führen würden. Der Kompromißcharakter des Entwurfs hätte innerparteiliche Kontroversen verursacht. Nicht zuletzt sahen sie sich aber Vorwürfen der Kommunisten ausgesetzt, der Entwurf sei mit Positionen des „programme commun“ unvereinbar³⁹. Auch andere Mitgliedsparteien waren mit dem Entwurf unzufrieden; sei es, daß sie ihn für zu umfangreich hielten, sei es, daß sie mit einzelnen Positionen - trotz

35 Über die Finanzierung des Bundes waren keine genauen Angaben in Erfahrung zu bringen. Tagungen in Luxemburg waren von der Fraktion, Tagungen in anderen Orten von der jeweils gastgebenden Partei finanziert.

36 Solche Ziele bzw. Absichten waren:

- Einsetzung spezieller Arbeitsgruppen zur Vorbereitung gemeinsamer Stellungnahmen;
- Durchführung regelmäßiger Sitzungen zwischen den Fraktionsvorsitzenden in den nationalen und im Europäischen Parlament;
- Durchführung von Sitzungen der an Gipfelkonferenzen und Ministerratssitzungen Beteiligten zum Zweck vorheriger Abstimmung;
- Erhöhung der Finanzbeiträge;
- Entsendung qualifizierter und in der nationalen Parteiorganisation verantwortlicher Vertreter in den Bund;
- bessere Nutzung der Medien zur Erzeugung eines gemeinsamen sozialistischen Bewußtseins;
- Gründung einer europäischen sozialistischen Publikation;
- Kooperation der bestehenden wissenschaftlichen Institute der Parteien.

37 Vgl. dazu im einzelnen R. Hrbek: Parteibünde in der Europäischen Gemeinschaft auf dem Weg zu programmatischem Profil. In: Europa-Archiv H. 10/1978, S. 299-310.

38 Der Entwurf ist abgedruckt in: Die Europäischen Parteien . . . , a.a.O., S. 11-27.

39 Vgl. hierzu die von der KPF angefertigte Synopse mit Kommentar in: Les Communistes Français et L'Europe. Bulletin der französischen Kommunisten im Europäischen Parlament, Nr. 1, S. 30-32.

(oder gerade wegen!) des Kompromißcharakters - nicht einverstanden waren. Nun wird ein Wahlmanifest angestrebt, das Anfang 1979 - also noch rechtzeitig vor den für Juni 1979 vorgesehenen ersten Direktwahlen - von einem Kongreß des Bundes beschlossen werden soll. Darin will man sich, wie sich nach ersten Vorbereitungsgesprächen abzeichnet, auf einige Punkte konzentrieren". An erster Stelle auf das Problem der Arbeitslosigkeit, für das europäische Lösungen, nämlich echte strukturpolitische Maßnahmen, gefordert werden sollen.

Obwohl der Entwurf seit Frühjahr 1978 gleichsam zurückgezogen ist, kann er als repräsentativ für die im Bund vertretenen Auffassungen der Mitgliedsparteien gelten. Er läßt die Schwierigkeiten erkennen, die einer geschlossenen und einheitlichen Strategie bislang entgegenstehen und die Aktionsfähigkeit des Bund - und damit wohl auch der sozialistischen Fraktion des EP — beeinträchtigen.

Die Einschätzung der Gemeinschaft in ihrer gegenwärtigen Form ist eindeutig kritisch; die Interessenvertretung sei sehr einseitig erfolgt, was es zu ändern gelte. Während in den Programmaussagen der beiden anderen Parteienbünde eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Gemeinschaft gefordert wird, plädieren die Sozialisten für einen Wandel der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Die Fortsetzung und Intensivierung des Integrationsprozesses befürworten sie nur unter der Bedingung, daß die Realisierung des Sozialismus auf nationaler Ebene dadurch nicht behindert würde. In einer

40 Am 23./24.Juni 1978 traten in Brüssel die Vorsitzenden der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in der EG zusammen und verabschiedeten eine Politische Erklärung zur Direktwahl. Dieser Beschluß bedeutete die Einbeziehung aller sozialdemokratischen Parteien der EG in einer gemeinsamen Aussage, was mit dem Entwurf einer Wahlplattform - wie dargelegt - nicht gelungen war. Ein Vergleich der beiden Texte erklärt die unterschiedliche Behandlung: die Aussage der Parteiführer unterstreicht wiederholt die Bedeutung, die die Parteien nunmehr einem eigenen „nationalen“ Weg zur Erreichung der Ziele des demokratischen Sozialismus beimessen; die Autonomie der nationalen Parteiorganisationen spielt dabei eine wichtige Rolle. Gemeinschaftslösungen sind demgegenüber eher subsidiär, sind eher als Ergänzung gedacht. Es bleibt offen, welche Instrumente der EG zur Erreichung von in der Erklärung aufgeführten Zielen gegeben werden sollen. Hatte der Entwurf einer Wahlplattform eine Reihe konkreter Aussagen - z.B. zur Währungs- und Agrarpolitik - enthalten, verzichtet die Erklärung auf präzise Festlegungen und bleibt auch in den Zielsetzungen unbestimmter: menschlicheres Europa mit gleichen Chancen für die Bürger, neue Ordnung auf der Basis der Werte des demokratischen Sozialismus, Befreiung des Menschen von jeglicher Ausbeutung, Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur in den Mitgliedsländern. Dem Recht auf Arbeit einschließlich der Schaffung besserer Arbeitsbedingungen wird hohe Priorität gegeben. In der Frage der künftigen Stellung des direkt gewählten Europäischen Parlaments fällt die Erklärung weit hinter früher eingenommene Positionen der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien zurück: statt die Stärkung des Europäischen Parlaments zu fordern, begnügt man sich mit der Erläuterung, daß jede Kompetenzänderung „nur aufgrund eindeutiger Zustimmung der nationalen Regierungen und Parlamente stattfinden kann“; so äußern sich auch engagierte Gegner einer Stärkung des Europäischen Parlaments. Offenkundig waren solche Akzente der Preis für die Zustimmung aller Parteien zu dem Dokument; sie spiegeln deutlich die Schwierigkeiten in den einzelnen Parteien und vor allem zwischen ihnen. Auf der Basis dieser Erklärung werden die einzelnen Parteien jeweils eigene Aussagen zur Direktwahl formulieren.

Reihe entscheidender Punkte zeigt der Programmentwurf Kompromißcharakter. Bei den Vorstellungen zur Herstellung gerechterer Einkommens- und Vermögensverteilung kommen national unterschiedliche Strategien (nämlich nebeneinander Maßnahmen der Steuerpolitik, die sich gegen die Reichen wenden, und der Sparförderung, die zugunsten der Ärmeren gedacht sind) ebenso zum Ausdruck wie in den Aussagen zur Wirtschaftsdemokratie. Hier werden alternativ vier verschiedene Modelle genannt, die von bloßer Repräsentation von Arbeitnehmern in den Aufsichtsgremien über die paritätische Mitbestimmung bis zur Selbstverwaltung reichen.

Programmatische Divergenzen, mindestens Auffassungsunterschiede zeigen sich nicht nur in Fragen der Ordnungspolitik. Auch im Bereich außen- und sicherheitspolitischer Vorstellungen ist kein gemeinsamer Nenner vorhanden. Das betrifft die Beziehungen zu den USA ebenso wie die angestrebte europäische Ordnung und die neuralgische Frage einer europäischen Verteidigungspolitik.

Wenn wir eine zusammenfassende Würdigung der Kooperation sozialistischer Parteien, wie sie im Bund der sozialdemokratischen Parteien der EG momentan erfolgt, versuchen, dann ergibt sich eine Kontinuität der die Zusammenarbeit bestimmenden Faktoren, wie sie bereits in verschiedenen Phasen des Internationalismus zu konstatieren waren. Das ist einmal die Fraktionierung der Bewegung in einen reformistischen Flügel und eine Richtung, die demgegenüber durchgreifende soziopolitische Veränderung anstrebt. In dieser Frage zeichnet sich, etwas vereinfacht gesagt, ein Nord/Süd-Gefälle ab. Diese Feststellung soll allerdings nicht die Tatsache ignorieren, daß diese Konfliktlinie letztlich auch innerhalb der einzelnen Parteien verläuft. Der zweite Faktor besteht in der nach wie vor bestehenden Dominanz des nationalen politischen Systems als zentraler Bezugsrahmen für das politische Handeln der einzelnen Parteien. Als dritter Faktor ist schließlich die sog. Bündnisfrage zu nennen; hier geht es in erster Linie um das Verhältnis zur kommunistischen Partei.

Diese drei Faktoren wirken zweifellos restriktiv auf Bemühungen, die internationale und transnationale Kooperation sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien zu intensivieren und entsprechende Zusammenschlüsse zu geschlossenen und handlungsfähigen Organisationen zu machen bzw. weiterzuentwickeln. Dennoch muß festgehalten werden, daß mit dem Bund sozialdemokratischer Parteien der EG Parteienkooperation über Ländergrenzen hinweg eine neue Qualität angenommen hat. Man wird in einer solchen Organisation - unabhängig von internen Problemen und Schwierigkeiten, ein wichtiges Element einer transnationalen politischen Infrastruktur der im Entstehen begriffenen regionalen Gemeinschaft EG erblicken können. Der Bund ist insofern einerseits Indikator für Integrationsfortschritt, andererseits kommt ihm die Aufgabe zu, seinerseits den Integrationsprozeß zu fördern.

Anhang

Tabelle 1: Die Mitgliedsparteien des Bundes der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft

Mitgliedsland	Mitgliedsparteien
Belgien	Parti Socialiste Belge (wallonisch) Belgische Socialistische Partij (flämisch) (Beide Parteien haben eine Einheitsstruktur)
Dänemark	Sozialdemokratiet
Bundesrepublik Deutschland	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Frankreich	Le Parti Socialiste
Großbritannien	Labour Party Social Démocratie and Labour Party (Nordirland)
Irland	Irish Labour Party
Italien	Partito Socialista Italiano Partito Socialista Democrático Italiano
Luxemburg	Le Parti Ouvrier Socialiste Luxembourgeois
Niederlande	Partij van de Arbeid

Tabelle 2: Zusammensetzung der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments (Stand: Juni 1978)

Mitgliedsland	Mitgliedspartei	Zahl der Abgeordneten
Belgien	PSB	3
	BSP	2
Dänemark	S	4
Bundesrepublik Deutschland	SPD	15
Frankreich	PS	8
	Radicaux de Gauche, (als „Nahestehende“) Gauche démocratique (als „Nahestehende“)	1
Großbritannien	Labour	1
Italien	PSI	4
	PSDI	1
Luxemburg	POSL	2
Niederlande	PvdA	6
		66

Literaturhinweise

- Die Europäischen Parteien. Strukturen, Personen, Programme. Zusammengestellt und eingeleitet von Th. Jansen und V. Kallenbach. Materialien zur Europapolitik (hrsg. vom Institut für Europäische Politik) Bonn, 1977.
- European Political Parties (Eds.: St. Henig/J. Pind), London 1969.
- Special Supplement, published in Collaboration with UACES on Social Demokratie Parties of the European Community (Eds.: W.E. Paterson/A.H.Thomas). Journal of Common Market Studies Bd. 13, Nr. 4 (Juni 1975), S. 415-502.
- J. Braunthal: Geschichte der Internationale, 3 Bde., Hannover 1971.
- W. Dröschner: Sozialdemokraten - Die stärkste politische Kraft Europas. In: Die Neue Gesellschaft H. 9/1977, S. 761-64.
- M. Bangemann/R. Bieber: Die Direktwahlen - Sackgasse oder Chance für Europa?, Baden-Baden 1976.
- J. Fitzmaurice: The Party Groups in the European Parliament, Westmead 1975.
- N. Gresch: Zwischen Internationalismus und nationaler Machtbehauptung - Die Europäische Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien. In: Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa; Auf dem Weg zu einer neuen politischen Infrastruktur?, Bonn 1976, S. 143-250.
- N. Gresch: Die supranationalen Fraktionen im Europäischen Parlament. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen H. 2/1976, S. 190-209.
- N. Gresch: Transnationale Zusammenarbeit der Parteien des demokratischen Sozialismus. In: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium (SOWI).H. 2/1978, S. 67-72.
- Rudolf Hrbek: Eine neue politische Infrastruktur? Zum Problem transnationaler Kooperation und Koalition politischer Parteien in der EG. In: Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa. Bonn 1976, S. 341-390.
- Rudolf Hrbek: Parteibünde - Unterbau der EP-Fraktionen und unverzichtbares Element einer funktionsfähigen Infrastruktur der EG. Entwicklungsstand, Probleme und Perspektiven. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen H. 2/1976, S. 179-190.
- Rudolf Hrbek: Bund der sozialdemokratischen Parteien in der EG. In: Dokumente - Zeitschrift für übernationale Zusammenarbeit, H. 1/1977, S. 36-41.
- Rudolf Hrbek: Parteibünde in der EG auf dem Weg zu programmatischem Profil, In: Europa-Archiv H. 10/1978, S. 299-310.
- A. Jüttner/ H.-J. Liese: Taschenbuch der europäischen Parteien und Wahlen, München 1977.
- J. May: Cooperation Between Socialist Parties. In: Paterson/Thomas (eds.): Social Democracy Parties in Western Europe, London 1977, S. 408-28.
- P. Pawelka: Parteien auf internationaler Ebene; Zum transnationalen System politischer Parteien. In: Der Bürger im Staat H. 2/1978 („Eurokommunismus und die Zukunft des Westens"), S. 102-110.
- G. van Oudenhove: The Political Parties in the European Parliament, Leyden 1965.
- Th. Stammen: Parteien in Europa, München 1977 (Schriften der Bayrischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit A 58).
- H. Vredeling: The Common Market of Political Parties. In: Government and Opposition H. 4/1971.